



NEWSLETTER

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

03.02.2024

Umbaukonzept Deckstall: Frist auf keinen Fall versäumen

Sehr geehrte Landwirte,

bis **09.02.2024** müssen Sie das Konzept zum Umbau des Deckstalls bei Ihrem Veterinäramt eingereicht haben. Lassen Sie sich den Eingang des Konzepts bei der Behörde bestätigen! **Falls Sie kein Konzept eingereicht haben, gilt für Ihren Stall nicht die Übergangsregelung, sondern die neuen Anforderungen an den Deckstall bereits ab dem 10.02.2024!**

Eine praxistaugliche Vorlage der Landwirtschaftskammer NRW haben wir an diese Mail angehängt.

Das Team der Tierärzte Wonsees

Ende November diskutierten Landwirte, Berater und Vermarkter aus ganz Deutschland und den Niederlanden über die aktuellen Entwicklungen am Bioschweinemarkt. Wer mehr Biofleisch verkaufen will, der müsse bei sinkenden Verbräuchen andere verdrängen. Mit diesen Worten eröffnete Dr. Peter Boysen, Vorstand der Landesvereinigung Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein und Hamburg, die Fachtagung, die vom Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland sowie der Landwirtschaftskammer NRW und der Landesvereinigung Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein und Hamburg organisiert. Boysen wies darauf hin: „Es ist wichtig, den Markt nicht nur zu erschließen, sondern auch zu erobern.“

In den ersten zehn Monaten 2023 waren im Biobereich die Discounter die Gewinner, wie Diana Schaack von der AMI berichtete. Sie konnten mit Bio-Frische-Produkten ihren Umsatz um fast 8% steigern, während der Naturkostfachhandel im gleichen Zeitraum ein Minus von 7,5% einfuhr. Dabei geht der Umsatzanstieg vor allem auf Preiserhöhungen zurück, während die Mengen kaum gesteigert wurden. „Für konventionelle Produkte fielen die Preissteigerungen fast doppelt so hoch aus wie bei ökologischen“, so Schaack. Listungen neuer Bioprodukte brachten den Discounter aber auch zusätzlichen Absatz, so habe Aldi Süd z. B. 35 Biowurstartikel. Von Januar bis August 2023 ging die Nachfrage nach Biofleisch um 3% zurück, mit großen Unterschieden zwischen beiden Produkten: Biorindfleisch + 7%, Bioschweinefleisch – 7% zurück. Der Rückgang des Bioschweinefleischkonsums ist Folge verringerter Tierbestände und nicht ein Zeichen von Absatzproblemen wie Schaack herausstellte: „Der Bioschweinefleischmarkt ist fast der einzige unterversorgte Markt.“

Bioferkel sind knapp: Das lässt die Preise leicht steigen: „Die Erzeugerpreise für Bioschweine sind weiter sehr stabil und völlig unabhängig vom konventionellen Marktgeschehen“, freute sich Schaack. Die Knappheit bei Bioferkeln zeige sich mittlerweile auch in leichten Preiserhöhungen. Die Biomischfutterpreise sind deutlich gesunken und entlasten damit die Kostenseite. Mit 182 000 Biomastschweinen in Deutschland hatten sich laut Schaack im Jahr 2022 die Bestände leicht erhöht, aber aktuell sei ein Rückgang zu verzeichnen. Hinzu komme eine Verringerung der Importe.

Andreas Meyer, Einkauf von Bioschweinen bei Goldswien, dem eigenständigen Viehhandel der Edeka Minden-Hannover, berichtete, dass Landwirte z.B. Lieferverträge mit einer Laufzeit von 5 Jahren und hundertprozentige Abnahmesicherheit erhalten. Bei der Bezahlung wurde von der pauschalen Abrechnung zu einer Maske nach Muskelfleischanteil gewechselt, um eine Spreizung der Qualitäten geringer zu halten. Mangels Angebots werde teilweise die Erfassung von Bioschweine ausgeweitet. Goldswien fordere zwar keine Verbandsmitgliedschaft, aber Betriebe wie Schlachthöfe müssen sich vom Deutschen Tierschutzbund und nach QS zertifizieren lassen.

Strukturwandel setzt Biomarkt unter Druck: Auch in der Biobranche sind Wachstum und Veränderung normale Begleiterscheinungen der Entwicklung. Derzeit wird ein Strukturwandel ähnlich der Entwicklung im konventionellen Markt vor 30 bis 50 Jahren beobachtet. Direktvermarktung und Naturkosthandel verlieren einen Teil ihrer Exklusivität. Eine mögliche Reaktion darauf könnte sein, dass sich kurzfristig auch kleinere Erzeugergemeinschaften zusammenschließen. (...)

Quelle: wochenblatt-dlv.de; gekürzt

Eine Woche lang hatte der Discounter Penny im Sommer 2023 insgesamt neun Artikel mit "wahren Preisen" angeboten und die Umweltfolgekosten aufgeschlagen. Das Preis-Experiment erregte viel Aufsehen in der Branche. Auf der Grünen Woche in Berlin stellte das Unternehmen jetzt die Auswertung der Kampagne vor, die wissenschaftliche Begleitung lag bei der Uni Greifswald und der TH Nürnberg. Bewertet wurden Abverkaufszahlen, zudem wurden mehr als 2.000 Konsumenten befragt.

Viele Kunden schreckte die Aktion jedoch ab. Die Verkaufszahlen bei acht von neun Produkten seien teilweise deutlich gesunken, heißt es. Dabei ist auffällig, dass dieses Minus vor allem im Osten Deutschlands spürbar war. Der Abverkauf sei aber nicht so stark gesunken, wie angesichts der großen Preisaufschläge erwartet worden war. Dies könnte auf den Einfluss der begleitenden Kommunikation zurückzuführen sein, und auch auf die Tatsache, dass Penny zusätzliche Einnahmen an ein nachhaltiges Projekt spendete (375.000 Euro gingen an die Zukunftsbauern).

Geringeres Minus bei Bio-Produkten: Auch sind Unterschiede zwischen biologischen und konventionellen Lebensmitteln zu sehen: "Sie zeigen zwar beide einen Abwärtstrend, wohingegen der Einbruch bei Bioprodukten durchweg geringer ausfällt", erläuterte Amelie Michalke von der Uni Greifswald. Zum Beispiel ist der Verkauf des Bio-Mozzarella (Preisaufschlag von 49 Prozent) lediglich um 29 Prozent gesunken, während der konventionelle Mozzarella (Preisaufschlag von 74 Prozent) 43 Prozent weniger gekauft wurde. Eine mögliche Erklärung: Wer ohnehin eher Bioprodukte einkaufe, sei auch mit etwas höheren Preisen einverstanden. [...]

Penny plant keine Wiederholung: Kunden, die die Kampagnenprodukte kauften, gaben als Grund an, dass sie diese immer kauften (93 Prozent), sie ein Interesse an Themen der Nachhaltigkeit haben (90), an das Projekt Zukunftsbauer spenden wollten (84) oder Interesse aufgrund der Berichterstattung hatten (78). Kunden kauften die Produkte vor allem nicht, weil sie mit dem Preisaufschlag der wahren Kosten als "zu teuer" (85 Prozent) empfunden wurden.

Zwar habe die Aktion nachweislich zu einer Sensibilisierung zum Thema wahre Kosten geführt, aber nach Ende der Aktion fiel der Zuspruch für mögliche weitere True-Cost-Umsetzungen wieder ab. Dennoch ist die hohe Reichweite bemerkenswert: 34 Prozent der Befragten kauften in der Aktionswoche bei Penny ein, aber sogar 64 Prozent sagten, sie hätten die Kampagne wahrgenommen. 53 Prozent der Befragten sagten, die Kampagne habe das Bewusstsein für die wahren Kosten von Lebensmitteln erhöht, 38 Prozent erklärten, die Kampagne habe zu einer Debatte über politische Reformen geführt. 46 Prozent sind dagegen der Ansicht, sie habe dem "Greenwashing" bzw. Marketing gedient – ohne positive gesellschaftliche Auswirkungen.

Stefan Görgens, COO von Penny, erklärte zur Bilanz: "Die aktuelle Debatte um die Transformation der deutschen Landwirtschaft verdeutlicht einmal mehr die Relevanz des Themas wahre Kosten für unsere Gesellschaft." Der Erfolg der Kampagne bestätige den Händler darin, "unser breites Nachhaltigkeitsengagement konsequent fortzuführen". [...]

Quelle: fleischwirtschaft.de

Bioland-Chef Plagge für höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch 29.01.2024

Bevor gar nichts passiert und keine Tierwohlabgabe kommt, bleibt noch die Mehrwertsteuer als Ansatzpunkt. Das sagt Bioland-Präsident Jan Plagge gegenüber dem Magazin Spiegel und schlägt konkret eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von Fleisch von derzeit 7 auf 19% vor. Die Aussage überrascht, weil die Ökobranche das eigentlich kritisch sieht. Ohnehin schon hochpreisige Produkte würden dann noch teurer, heißt es. Für Bio-Produzenten fordert Plagge daher mehr Förderung aus den zusätzlichen Steuereinnahmen. Damit könnten die höheren laufenden Kosten in der Biohaltung kompensiert werden. Höhere Haltungsstufen dürfen laut Plagge kein Luxus werden.

Praxisnahe Lösung gefordert: Agrarminister Cem Özdemir hatte kürzlich den Vorschlag einer Tierwohlabgabe in die Diskussion geworfen, allerdings müssten dafür eigene Verwaltungsstrukturen geschaffen und die Abgabe mit EU-Recht in Einklang gebracht werden. Für Plagge ist es nun aber an der Zeit, dass Handel und Landwirtschaft konkret eine praxisnahe Lösung für eine solche Abgabe entwickeln.

Quelle: topagrar.com

Vion schließt Schlachthof - Cloppenburg Unternehmer kauft sich ein, 29.01.2024

In Emstek endet der Schlachtbetrieb. Und weitere Standorte könnten folgen; andere Unternehmen stoßen in die Lücken. Für die Mitarbeiter deines Vion-Schlachtbetriebs sieht es düster aus. Mitte Januar wurde bekannt, dass der Fleischkonzern Vion seinen Schlachthof in Emstek im Landkreis Cloppenburg bis Ende März schließen will. Jetzt heißt es, der im Kreis Cloppenburg tätige Unternehmer Kadri Bytyci haben den Schlachtbetrieb beziehungsweise das Areal gekauft. Bytyci gehört eine Spedition.

Vion-Areal wohl kein Schlachtbetrieb mehr: Mit dem Vorhaben wird es für die rund 750 Mitarbeiter eng. Denn möglicherweise endet ihre Arbeit schon Ende Januar. Der Spediteur will aber keine Angaben zur weiteren Verwendung des Areals machen. Vion gab an, dass der Grund für die Schließung im Rückgang der deutschen Schweineschlachtungen zu suchen sei.

Vion will weitere Standorte schließen: Andere Standorte könnten ebenfalls den Besitzer wechseln; Vion will sich wohl von weiteren Betrieben in Deutschland trennen. Im Gespräch sind ein Rinderschlachthof in Thüringen, ein Schweineverarbeitungsbetrieb in Brandenburg und der Schinkenspezialist Ahlener Fleischhandel aus Nordrhein-Westfalen. Sie könnten noch im ersten Quartal 2024 an Mitbewerber verkauft werden. Der Ahlener Fleischhandel beispielsweise könnte an die Tönnies-Gruppe fallen.

Quelle: agrarheute.com

Deutschland darf Bäuerinnen und Bauern mit rund einer Milliarde Euro für die Umsetzung von mehr Tierwohl unterstützen. Das hat die EU-Kommission entschieden. Die Europäische Kommission hat nach den EU-Beihilfavorschriften zwei deutsche Regelungen mit einem Gesamtbudget von rund 1 Mrd. EUR genehmigt, mit denen die Tierwohlstandards in der Viehzucht, insbesondere bei Schweinen, verbessert werden sollen.

Die Maßnahmen sollen zur Verwirklichung der strategischen Ziele der EU in Bezug auf den europäischen Grünen Deal, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ beitragen.

Gesamtbudget von rund einer Milliarde Euro: Deutschland meldete bei der Kommission zwei Regelungen mit einem Gesamtbudget von rund 1 Mrd. EUR an. Damit sollen Tierhalter bei Investitionen zur Modernisierung von Schweinezuchtanlagen sowie der Umsetzung von Haltungspraktiken zur Verbesserung der Tierwohlstandards für Schweine unterstützt werden. Dies steht kleinen und mittleren Viehzuchtbetrieben in Deutschland offen. Beide Regelungen können künftig auf andere Tierarten ausgedehnt werden.

675 Millionen Euro für Investitionen: Mehr als die Hälfte des Geldes, rund 675 Millionen Euro, soll Landwirten als Direktzuschuss für Investitionen zugutekommen. Damit kann sich der Staat etwa an bis zu 60 Prozent der Kosten für bessere Ställe beteiligen. Dazu gehören Verbesserungen der Lebensbedingungen (z. B. Zugang zu Außenklimaställen oder Abkühlmöglichkeiten) sowie Grenzwerte für die Besatzdichte und die CO₂-Emissionen. Die erste Regelung läuft bis Ende 2030.

325 Millionen für höhere Tierwohlstandards: Auch die zweite Säule der Hilfen - rund 325 Millionen Euro - ist als Direktzuschuss vorgesehen. Mit dem Geld könnten bis zu 80 Prozent von anfallenden Zusatzkosten für mehr Tierwohl gedeckt werden. Dazu zählen etwa zusätzliches Raufutter und zusätzliche Einstreu sowie Strom für Kühlungs- und Belüftungsanlagen. Diese Hilfen sollen bis Ende 2031 laufen.

Kommission beurteilt die Tierwohl-Regelungen als erforderlich: Die Kommission hat die Regelungen auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), demzufolge die Mitgliedstaaten die Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige unter bestimmten Voraussetzungen fördern dürfen, und in Bezug auf die Rahmenregelung von 2022 für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (im Folgenden „Agrarrahmenregelung 2022“) geprüft. Dabei kam sie zu folgendem Ergebnis:

- Die Maßnahmen fördern die Entwicklung eines Wirtschaftszweigs, nämlich der Tierhaltung.
- Die Regelungen sind erforderlich und verhältnismäßig, um sicherzustellen, dass die Landwirtinnen und Landwirte Maßnahmen durchführen, die zu höheren Tierwohlstandards führen. Sie fördern zentrale Ziele der politischen Maßnahmen der EU, etwa des europäischen Grünen Deals, der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“.
- Die Beihilfe wird einen Anreizeffekt haben, da die Begünstigten diese Maßnahmen ohne staatliche Unterstützung nicht umsetzen würden.
- Die Beihilfe ist verhältnismäßig, da sie auf das erforderliche Minimum beschränkt ist und nur begrenzte Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel zwischen den Mitgliedstaaten haben wird.
- Die Beihilfe hat positive Auswirkungen, die etwaige Verzerrungen von Wettbewerb und Handel in der EU überwiegen.

Ein "Stärkungspaket" für die Landwirtschaft fordert die CDU. Kernpunkte eines Positionspapiers, das am Montag (29.1.) im Parteipräsidium beschlossen wurde, sind Investitionen, Innovationen, Bürokratieabbau und ein Belastungsmoratorium. Die Landwirtschaft brauche "Zuversicht, Vertrauen, Planbarkeit und den politischen Rahmen, um ihr Potenzial zu entfesseln", betonen die Christdemokraten. Notwendig sei "ein Befreiungsschlag", für die Betriebe.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Steffen Bilger, verlangte von der Bundesregierung erneut, die Streichung der Agrardieselvergütung zurückzunehmen. Die stellvertretende CDU-Generalsekretärin Christina Stumpp sprach sich dafür aus, EU-Auflagen "eins zu eins" umzusetzen, statt ambitioniertere nationale Regelungen zu erlassen. Die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Gitta Connemann, forderte konkrete Schritte für einen Bürokratieabbau, beispielsweise bei den Dokumentationspflichten der Düngeverordnung.

Unklare Haltung zu Tierwohlabgabe: Die CDU bekennt sich in ihrem "Stärkungspaket" zu den Empfehlungen der Borchert-Kommission, lässt aber offen, wie der Umbau der Tierhaltung finanziert werden soll. Bilger betonte, dass man sich erst dann mit einer "Tierwohlabgabe" oder einem "Tierwohl-Cent" auseinandersetzen könne, wenn die Bundesregierung ein vollständiges Konzept vorgelegt habe. Um langfristige Investitionen in die Nutztierhaltung abzusichern, brauche es "Bestandsschutz für erteilte Betriebserlaubnisse für die Dauer der Abschreibung", heißt es in dem Papier. Ebenso müssten weitere Erleichterungen beim Bau- und Immissionsrecht erfolgen. Anerkannt wird in dem Papier, dass Tierwohlverbesserungen ohne eine "verlässliche Finanzierung" nicht umsetzbar seien.

"Chancen durch Technologieoffenheit": Die CDU stellt sich in ihrem Positionspapier hinter die Brüsseler Vorschläge für eine Deregulierung des europäischen Gentechnikrechts. Durch neue Züchtungsmethoden wie die Genschere CRISPR/Cas könnten Pflanzenschutzmittel eingespart und Pflanzen klimaresistenter gemacht werden. Zudem brauche es Unterstützung der Betriebe bei der Digitalisierung. Gefordert wird außerdem, die "Diskriminierung der Bioenergie" zu beenden. Stattdessen sollte das Verfahren zum Bau neuer Biogasanlagen vereinfacht und beschleunigt werden.

Quelle: raiffeisen.com; AgE/nr

Geld aus Bauernmilliarde: Rentenbank bearbeitet Anträge wieder, 31.01.2024

Es gibt wieder Geld. Nach der Haushaltssperre im Dezember bearbeitet die Landwirtschaftliche Rentenbank fristgerecht ein-gereichte Anträge. Neue allerdings nicht. Die Schockwellen aus dem Bundesverfassungsgericht hatten Landwirte im Dezember hart getroffen. Mit der Haushaltssperre blieb Geld erst einmal im Staatssäckel. Eine gute Nachricht teilte die Landwirtschaftliche Rentenbank mit. Denn im Rahmen des Investitions- und Zukunftsprogramm können ab sofort wieder Bewilligungen ausgesprochen werden. Das heißt, Zuschüsse können wieder fließen.

Rentenbank bearbeitet vorliegende Anträge der Landwirte: Die Rentenbank teilte mit, dass sie die bereits vorliegenden Anträge bearbeitet. Das gilt auch für alle Anträge, die Landwirte noch fristgerecht über die Hausbanken bis zum 1. Dezember 2023 eingereicht haben. Dann bleibt dieser Topf aber erst einmal verschlossen. Denn neue Anträge können Landwirte nicht mehr stellen. Theoretisch sollte das Programm für Investitionen in besonders umwelt- und klimaschonende Bewirtschaftungsweisen noch bis Ende 2024 laufen. Aber es gibt kein neues Geld in diesen Topf. Das wird sich auch nicht mehr ändern, wenn der Bundestag den Haushalt 2024 nächste Woche absegnet. (..)

Die Haushaltssperre hatte noch andere Fördertöpfe verschlossen. Und auch sie sind wieder offen. Mehrere Programme des Bundeswirtschaftsministeriums im Klima- und Transformationsfonds sind wieder abrufbar.

Quelle: agrarheute; gekürzt

Zum 1. Februar 2024 tritt die Ausweitung der Herkunftskennzeichnung von Fleisch in Kraft. Dann muss an Verkaufsstellen verpflichtend gekennzeichnet werden, woher nicht vorverpacktes frisches, gekühltes oder gefrorenes Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch stammt. Bislang galt die Regelung nur für unverpacktes Rinderfleisch sowie bei verpacktem Fleisch. Mit der entsprechenden von Bundesminister Cem Özdemir vorgelegten Verordnung kommt die Bundesregierung einem langgehegten Wunsch aus der Landwirtschaft nach.

Dazu können Sie Bundesminister Özdemir wie folgt zitieren: „Wer im Supermarkt, beim Metzger oder auf dem Wochenmarkt einkauft, erkennt jetzt auf einen Blick, ob das Fleisch aus Deutschland oder dem Ausland stammt. Kundinnen und Kunden können sich damit bewusst für heimische Produkte entscheiden und so unsere deutsche Landwirtschaft unterstützen. ‚Made in Germany‘ steht nicht nur für Qualität, sondern auch für höhere Tierschutz- und Umweltstandards im Vergleich zu vielen anderen Ländern. Unsere Landwirtschaft fordert seit vielen Jahren eine solche Herkunftskennzeichnung, wir haben das nun national in Rekordzeit umgesetzt. Die Kennzeichnung hilft den Landwirtinnen und Landwirten – gerade mit kleinen und mittleren Höfen – besser am Markt bestehen zu können. Unsere Aufgabe als Bundesregierung ist es, den richtigen Rahmen für eine zukunftsfeste Tierhaltung zu setzen. Das machen wir unbeirrt Schritt für Schritt. Ich mache jetzt weiter in Brüssel Druck, damit auch auf EU-Ebene eine Herkunftskennzeichnung kommt – und bestenfalls auch auf weitere Produkte.“

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen – und sollen – wissen, wo ihre Lebensmittel herkommen. Das zeigt unter anderem der Ernährungsreport des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Wir setzen uns deshalb für verpflichtende Herkunftsangaben auch bei weiteren Lebensmitteln ein. Die Frage der Ausweitung der Herkunftskennzeichnung im Lebensmittelkennzeichnungsrecht ist Teil der Farm to Fork-Strategie der EU-Kommission. Die EU-Kommission prüft derzeit, verpflichtende Herkunftsangaben auf weitere Lebensmittel auszuweiten. Das BMEL unterstützt grundsätzlich die Pläne der EU-Kommission. Da die EU-Kommission jedoch bisher keinen Legislativvorschlag vorgelegt hat, nimmt das BMEL derzeit die Ausweitung der Herkunftskennzeichnung bei Fleisch in der Außer-Haus-Verpflegung in den Blick.

Quelle: [agrar-presseportal.de](https://www.agrar-presseportal.de) / [bmel.de](https://www.bmel.de)

Der Handel wehrt sich gegen die Kritik aus der Landwirtschaft und warnt vor politischer Einflussnahme auf die Preisbildung. „Die wirtschaftlichen Probleme vieler Landwirte haben nichts mit dem Lebensmitteleinzelhandel und seinem Verhalten zu tun“, erklärte der Hauptgeschäftsführer vom Handelsverband Deutschland (HDE), Stefan Genth am Donnerstag (1.2.) im Hinblick auf die Bauernproteste. Ausdrücklich verurteilte Genth Maßnahmen von Landwirten, die auf Beschränkungen für den Lebensmitteleinzelhandel zielen: „Sie schaden dem Markt und den Verbrauchern und helfen der Landwirtschaft in keiner Weise weiter.“ Mit Nachdruck wies der HDE-Geschäftsführer Aussagen aus den Reihen von Landwirtschaft und Politik zurück, der Lebensmitteleinzelhandel habe in der Preisbildung eine entscheidende Marktmacht. Dies gehe an der Realität vorbei und könne gefährliche Folgen haben.

„Zum einen würden durch untaugliche politische Maßnahmen Hoffnungen der Landwirte erneut enttäuscht. Und zum anderen würde der Markt womöglich unnötig und fehlgesteuert eingeschränkt“, erklärte Genth. Am Ende müssten dann alle bis zum Endverbraucher im Supermarkt höhere Preise bezahlen, ohne dass es einen Mehrwert für die Landwirtschaft gebe. „Die Politik sollte weniger Energie auf die sinnlose Suche nach einem einfachen Sündenbock verschwenden“, empfiehlt der Hauptgeschäftsführer. Die Landwirte hätten es verdient, dass man sich mit ihnen über echte und



Schweinehalter können 2024 mit hohen Preisen rechnen, 02.02.2024

Normalerweise steigt bei hohen Preisen die Schweineproduktion. Doch der Schweinezyklus scheint in Europa aufgrund der Rahmenbedingungen derzeit nicht zu funktionieren. Statt einer Steigerung erwartet der Marktanalyst Markus Fiebelkorn von Danske Svineproducenter, dass die Schweineproduktion in den für diesen Markt wichtigsten EU-Ländern weiter zurückgeht. [...]

Deutsche Schweinepreise zwischen 1,90 und 2,50 €/kg: „Insgesamt erwarten wir für 2024 die typischen saisonalen Schwankungen im Schweinemarkt, allerdings auf einem höheren Preisniveau als in den vergangenen 20 Jahren“, erklärt Fiebelkorn. Wir gehen davon aus, dass die deutsche Schlachtschweinenotierung zwischen ca. 1,90 und 2,50 € schwanken wird.

Ferkelnotierung über 75 €: Auch bei der Ferkelnotierung sind die Aussichten gut. Das EU-weit knappe Angebot an Einstalltieren stützt die Preise genauso wie die hohe Einstallbereitschaft. In seiner Ferkelpreisprognose sieht Fiebelkorn die deutsche Nordwest-Notierung bei knapp 76 € pro 25 kg-Ferkel. [...]

Quelle: topagrar.com, gekürzt

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 74,50 EUR

(05.02.2024 - 11.02.2024)

Vorwoche: 73,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,00 EUR

(31.01.2024)

Vorwoche: 2,00 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de



[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)